

Argument Geburtenstation ist vom Tisch

Die mögliche Wiederansiedlung einer Geburtenstation diente lange als zentrales Argument für einen Neubau des Landesspitals.

David Sele

Als die Geburtenabteilung des Landesspitals 2014 schliessen musste, gingen die Emotionen hoch. Doch die Faktenlage war klar: Die Qualitätskriterien des Zürcher Modells konnten nicht mehr erfüllt werden. Und «wenn es um die Sicherheit von Mutter und Kind geht, dürfen wir keine Kompromisse eingehen», sagte der damalige Stiftungsratspräsident Michael Ritter. Nötig gewesen wäre ein massiver Personalausbau. Und selbst wenn das Spital die nötigen Millionen dafür erhalten hätte, wäre es kaum möglich gewesen, das notwendige Personal zu rekrutieren. Auch weil das Fachpersonal bei rund 200 Geburten pro Jahr bei Weitem nicht ausgelastet gewesen wäre. Eine Steigerung der Geburtenrate war indes nicht absehbar.

Doch ganz beerdigen wollten die Spitalverantwortlichen die Illusion trotzdem nicht. Gut zwei Jahre zuvor, 2011, hatte das Volk einen Neubau des Landesspitals abgelehnt. Nun stellte Spitalpräsident Ritter einen direkten Zusammenhang her: Eine Wiedereröffnung der Geburtenstation wäre eventuell möglich. Aber nur, wenn das Spital in ein neues Gebäude ziehen kann.

Vages Versprechen im Abstimmungskampf 2019

Und Ende 2018 verkündete Ritter, dass das Landesspital wieder Geburtshilfe anbieten könne. Dies sei nur eine Frage des Geldes. Als die Regierung 2019 schliesslich einen neuen Anlauf



Gebässaal im Spital Grabs. Im Neubau des Landesspitals Vaduz wird es keinen geben. Bild: Nils Vollmar

zum Spitalneubau startete, griff sie die Geburtenabteilung schliesslich wieder auf: «Für die Erneuerung der Infrastruktur sind auch Flächen für das Angebot der Geburtshilfe vorgesehen», hiess es im Bericht und Antrag der Regierung, welcher dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wurde. Ob aber wirklich wieder eine Geburtenstation eröffnet wird, solle erst nach der Spitalabstimmung entschieden werden.

Die Gegner des Neubauprojekts sahen darin ein «unredliches und unverantwortliches Vorgehen», um die Stimmbürger von einem Ja zum Neubau zu überzeugen. Schliesslich hatte sich die Geburtenrate

seit 2014 nicht verändert. «Bei 200 Geburten pro Jahr betreut eine Hebamme 40 bis 50 Geburten pro Jahr, betreut also alle sieben bis acht Tage eine Gebärende. Wo und wie findet ein Spital für ein solch minimal ausgelastetes Arbeitsfeld qualifizierte Hebammen?», sagte der Arzt und damalige Freiliste-Präsident Pepo Frick damals in einem Interview gegenüber dem «Vaterland».

Dagegen hielt Spitaldirektorin Sandra Copeland: «Mir ist bewusst, dass eine eigene Geburtenstation einem echten Bedürfnis der Bevölkerung entspricht. Und ich werde mich dafür einsetzen – unabhängig davon, ob dies in einem neuen

oder im alten Gebäude stattfindet.» Letztlich sei es eine Frage des Geldes, die Qualität könne das Landesspital gewährleisten.

Projektstopp nach Planungsdebakel

Das Volk stimmte dem Spitalneubau im November 2019 schliesslich zu. Der Entscheid über die Wiederansiedlung der Geburtenstation blieb ungeklärt. Stattdessen kam es zu einem Planungsdebakel. Im April 2022 musste Gesundheitsminister Manuel Frick einen Projektstopp verhängen. Es zeichneten sich Mehrkosten von 21,1 Millionen Franken ab. In der folgenden Aufarbeitung stellte sich heraus, dass die

Budgetierung der Regierung von Anfang an unrealistisch war. Zudem waren nachträglich Sonderwünsche in das Projekt eingeplant worden.

Hin und Her in Landtag und Regierung

Über das weitere Vorgehen musste der Landtag schliesslich im März 2023 entscheiden. Der Entscheid stand im Lichte der Annahme, dass es eine weitere Volksabstimmung geben wird. Zugleich wollte die Regierung nun wissen, ob der Ausbau einer Geburtenstation eingeplant werden soll oder nicht. Selbst sprach sie sich mittlerweile dagegen aus. Allerdings nicht wegen Qualitätsbedenken, sondern wegen der Kosten. Der Staat müsste jährlich eine halbe Million Franken in die Hand nehmen, um das Defizit zu decken.

Der Landtag hingegen stellte die Qualität in den Vordergrund. Und eine Mehrheit glaubte dem Spital und der Regierung, dass die nötige Qualität gewährleistet werden kann. Mit 15 zu 10 Stimmen beschloss das Parlament, die Geburtenstation einzuplanen.

Gesagt, getan: Anfang 2024 präsentierte die Regierung die Nachtragskredite, die zur Realisierung des Neubaus nötig sind. Die einst befürchteten Mehrkosten von 21,1 Millionen Franken konnte sie auf einen Ergänzungskredit von 6 Millionen Franken zusammenstreichen. Für den Ausbau der Geburtenstation wäre zusätzlich eine Million Franken fällig gewesen. Diese befürwortete nun auch die Regie-

rung wieder. Eine Geburtenabteilung sei dazu geeignet, Patienten längerfristig an das Spital zu binden, weil sie dieses mit einer positiven Erfahrung verbinden, heisst es etwa im Bericht der Regierung.

Doch im März 2024 legte der Landtag zwei überraschende Kehrtwenden hin: Er entschied sich gegen die Ansetzung einer neuen Volksabstimmung über den Spitalneubau. Und mit 11 zu 14 Stimmen lehnte das Parlament die Geburtenstation ab.

Spitalverantwortliche bestärkten Zweifel

Ausschlaggebend dürften dabei auch die Ausführungen der Spitalverantwortlichen in einer nicht öffentlichen Information der Abgeordneten gewesen sein. «Selbst die Verantwortlichen beim Landesspital (...) haben doch auch ihre Bedenken geäussert. Dabei geht es nicht nur um Fachärzte im Bereich der Geburtshilfe, sondern eben auch um qualifiziertes Personal in den Bereichen OP-Pflege und Anästhesie, das rund um die Uhr verfügbar sein muss», sagte Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz (VU).

Die Geburtenstation ist damit definitiv vom Tisch. Was bleibt, ist eine Fläche von über 500 Quadratmetern im geplanten Neubau, deren Nutzung noch unklar ist. Nachdem ein überparteiliches Komitee am Wochenende das Referendum ergriffen hat, wird es aller Voraussicht nach aber doch noch zu einer Volksabstimmung kommen.

Liechtenstein noch ein kleines bisschen besser machen

Die Zivilgesellschaft leistet einen wichtigen Beitrag für die Menschenrechte in Liechtenstein. Vier Projekte wurden nun ausgezeichnet.

Liechtenstein hat derzeit den Vorsitz im Europarat inne – für viele mag das weitab der eigenen Lebensrealität scheinen. Aussenpolitik findet aber nicht nur in Strassburg statt. «Das betrifft auch uns im Land», betonte Aussenministerin Dominique Hasler. Eine freie und gerechte Gesellschaft sei ohne den Schutz und Förderung der Menschenrechte nicht denkbar. Liechtenstein setzte sich daher nicht nur international für den Schutz der Menschenrechte ein, sondern will dies auch im Inland hochhalten. Eine zentrale Rolle würde dabei der Zivilgesellschaft zukommen.

Organisationen setzen sich für Menschenrechte ein

Das Amt für Auswärtige Angelegenheiten (AAA) lancierte deshalb im November 2023 das Förderprojekt «Menschenrechte ernst gemeint». Organisationen, Unternehmen, Vereine und Privatpersonen konnten Projekte zum Schutz und zur Förderung der Grundwerte einreichen. «Wir wollen mit diesem Projekt positive Veränderungen für unsere Ge-

sellschaft verwirklichen», erklärte Hasler.

Von der Resonanz waren die Verantwortlichen selbst überrascht. Rund 15 Projekte wurden eingereicht. «Die Jury hat sich angesichts der vielfältigen Projekte mit der Entscheidung schwergetan», erzählte AAA-Leiter Martin Frick. Schliesslich durften sich gestern bei der Preisverleihung im Domus in Schaan mehrere Organisationen freuen, denn es wurden gleich vier Projekte mit insgesamt 45 000 Franken gefördert.

Selbstbestimmung durch Kommunikation

Zu den Gewinnern gehört das Projekt «Athletensprecher/innen» des Special-Olympics Teams. Die Sportlerinnen erzählten denn gleich auch selbst, was ihre Ziele sind. Sie wollen bei Veranstaltungen selbst einen aktiven Teil übernehmen, etwa die Begrüssung oder eine Rede. Das stärkt nicht nur die Kommunikationsfähigkeit, sondern auch das Selbstbewusstsein, sich zu äussern und seine Meinung zu vertreten. «Ein-



Vier Projekte wurden im Rahmen von «Menschenrechte ernst gemeint» gefördert. Bild: Julian Konrad

drücklicher kann man nicht vorleben, welchen Beitrag der Sport im Bereich Menschenrechte leisten kann», lobt die Regierungsrätin die Idee.

Um Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ging es auch im Projekt «Partizipation durch unterstützte Kommunikation» des Heilpädagogischen Zen-

trums (HPZ). «Es ist frustrierend und beeinflusst die Lebensqualität, sich und seine Bedürfnisse im Alltag nicht ausdrücken zu können», verdeutlicht Rebecca Marxer, Bereichsleiterin Wohnen. So könnten sich 30 Prozent der Bewohner nur begrenzt mitteilen. Das Betreuungsz- und Pflegepersonal

habe zwar gelernt, zu interpretieren. Durch unterstützte Kommunikation und Weiterbildungen soll die Kommunikation zwischen Angestellten und Bewohnern aber weiter erleichtert werden.

Eine «wortwörtliche Signalwirkung» haben auch die «Verkehrsschilder der Gerechtig-

keit». Dieses Projekt stellt die Grundnormen des menschlichen Zusammenlebens anhand von ungewöhnlichen Verkehrsschildern in den Vordergrund. Interessierte können sich um ein Schild bewerben oder ein solches kaufen und selbst eine Sensibilisierungsaktion planen. Gaudenz Ambühl vom Projektteam: «Es geht um Sichtbarkeit und ums Tun.»

Mit Workshops an Schulen bringen der Verein für Menschenrechte (VMR), das Aha und Amnesty International Liechtenstein schon seit mehreren Jahren jungen Menschen die Grundrechte näher. Mit der Förderung könne man das Angebot nun um einen «Workshop für Toleranz und gegen Diskriminierung» erweitern und altersmässig ausweiten, erklärte Alicia Längle vom VMR das vierte Siegerprojekt. Denn gerade für jüngere Teenager sei das Konzept der Menschenrechte noch sehr abstrakt. Mit den neuen Modulen möchte man diese Zielgruppe besser erreichen.

Daniela Fritz